Nr. 504 XXVIII. Jahrgang

Dienstag, 14. Dezember 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 4.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Liste- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenzeichen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13525, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Der Völkerbund

Die öffentliche Sitzung der Abrüstungskommission vom Sonnabend nahm den Bericht der Unterkommission über die Abrüstungsfrage entgegen. Die Unterkommission meinte, daß zur Beruhigung der öffentlichen Meinung so rasch wie möglich eine Reihe von Maßnahmen zur Vorbereitung der Abrüstung getroffen werden müssen. Der Berichterstatter Fisher-England vertrat dabei die Auffassung, daß die Revision der Kriegsgesetze im Sinne einer menschlicheren Kriegführung mehr Aufgabe einer juristischen Kommission als militärischer Fachleute sei. Doret-Haiti wünschte die Schaffung einer Kommission für Propaganda im Sinne einer allgemeinen Entspannung im internationalen Leben. Jedes Land müsse auf dem Wege der Erziehung der Jugend das Gefühl einer internationalen Verständigung und der moralischen Unterstützung des Völkerbundes fördern. Diese Anregung wurde lebhaft unterstützt von dem Vertreter Italiens, Schanzer. Fisher-England glaubte jedoch, die Ausführung dieser Idee müsse der Initiative der einzelnen Länder überlassen werden.

Lange-Norwegen betonte, daß die Verwirklichung der Abrüstung von den Volksmassen aller Länder verlangt werde und daß alle Bestrebungen des Völkerbundes in dieser Hinsicht von der Masse lebhaft unterstützt würden. Benes-Tschecho-Slowakei war derselben Auffassung.

Schließlich wurde von der Kommission beschlossen, den einzelnen Ländern eine Propagandaaktion zur friedlichen Verständigung zu empfehlen.

Lange-Norwegen brachte einen Antrag ein, wonach der Rat aufgefordert wird, an sämtliche Regierungen die Mahnung zu richten, ihre Militärbudgets bereits für das nächste Jahr herabzusetzen und sich zu verpflichten, ihre militärischen Ausgaben in den beiden darauffolgenden Jahren nicht zu erhöhen. Schanzer erklärte, daß Italien sich dem Antrag Langes anschließt. Der Vertreter Frankreichs, Bourgeois, glaubte, daß für die Zustimmung zum Antrag Lange neue besondere Aktionen der einzelnen Regierungen notwendig seien. Ishii-Japan glaubt ebenfalls, daß es verfrüht sei, den Antrag Norwegens zum Beschluß zu erheben. Fisher-England war der Meinung, daß der Antrag Lange billig angenommen werden dürfe, weil er den Regierungen in keiner Weise Verpflichtungen auferlege.

In der Abstimmung wurde der Antrag Lange mit allen Stimmen zum Beschluß erhoben mit Ausnahme der Stimme des französischen Delegierten.

Die Aufnahmekommission erstattete der Versammlung Bericht über das Aufnahmegesuch Liechtensteins. Sie beantragte, das Gesuch abzulehnen, weil dieser Staat dadurch, daß er einen Teil seiner staatlichen Hoheitsrechte infolge seiner Zugehörigkeit und geographischen Lage an andre Staaten abgetreten hat, nicht in der Lage sei, alle einem Mitgliede des Völkerbundes auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Die holländische Regierung hat dem Generalsekretariat des Völkerbundes mitgeteilt, daß sie bereit ist, sich an der Truppenentsendung in das Wilnaer Gebiet zur Sicherung der Volksabstimmung zu beteiligen.

Die fünfte Kommission beschloß, hinsichtlich Armeniens die gleichen Maßnahmen wie gegenüber den baltischen Staaten zu treffen, deren Aufnahme vorläufig abgelehnt wurde. Auf Antrag von Fisher (England) wurde ferner beschlossen, Georgien vorläufig nicht in den Völkerbund aufzunehmen.

•

Argentiniens Austritt

Genf, 13. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet aus Buenos-Aires: Das argentinische Kabinett hat die Adresse seines Völkerbunddelegierten Puenrredon aus Genf gebilligt, seine Stellungnahme zum Völkerbund sich aber bis zur mündlichen Berichterstattung vorbehalten.

Die Antwort auf die Entwaffnungsnote

Beim Auswärtigen Amt ist jetzt die Antwort der Interalliierten Kontrollkommission auf die am 9. Dezember abends überreichte deutsche Note über die Einwohnerwehren eingetroffen. Die Kontrollkommission erkennt die Gründe für eine besondere Behandlung der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen nicht an, wiederholt in grundsätzliche Forderung sofortiger Auflösung und Entwaffnung aller Selbstschutzorganisationen und verlangt unverzügliche Mitteilung darüber, welche Maßnahmen die deutsche Regierung hierfür zu treffen gedenkt.

Die Schnelligkeit, mit der die Antwort erfolgt ist, läßt darauf schließen, daß die Kontrollkommission auf Grund älterer Instruktionen gehandelt hat. Die deutsche Note kann in den fremden Hauptstädten noch nicht vorgelegen haben. Bei der vitalen Bedeutung der Frage für Deutschland wird es aber unvermeidlich sein, daß sich die alliierten Regierungen stützt auf Grund der in der deutschen Note vorgebrachten Argumente damit befassen, wobei zu hoffen ist, daß sie den augenblicklich bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen werden. Die deutsche Regierung wird durch ihre Botschafter entsprechende Schritte unternehmen lassen.

•

Inspektionsreise General Nollets

Berlin, 13. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir erfahren, hat sich General Nollet gestern nach Süddeutschland begeben zur Kontrolle der Waffenablieferung.

•

Die amerikanischen Truppen im Rheinland

Genf, 13. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der „Herald" meldet aus Washington: Im Repräsentantenhaus wurde eine Denkschrift eingebracht, die die Zurückberufung der amerikanischen Truppen aus Europa bis 30. Juni 1921 verlangt.

Die Willkür im besetzten Gebiet

Genf, 13. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der „Matin" meldet, daß die deutsche Gegennote in Sachen der Ministerreden im Rheinland zu einer neuen schärferen Note der Alliierten führen wird. Die Alliierten werden in Zukunft jede Einreiseerlaubnis für deutsche Minister in das besetzte Gebiet von einer besonderen Prüfung abhängig machen.

•

Vor der Brüsseler Zusammenkunft

Paris, 13. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der Sonnabendsitzung im Auswärtigen Amt, in der einige Minister mit den beiden französischen Vertretern bei der Brüsseler Sachverständigenkonferenz über die französische Haltung in der Wiedergutmachungsfrage verhandelt haben, wurde beschlossen, in Brüssel Versöhnlichkeit zu zeigen und den Verbündeten, namentlich England und Italien zu beweisen, daß Frankreich nicht am Buchstaben festhalte und nicht die Dinge zum Schlimmsten kommen lassen wolle, z. B. zu einer neuen Besetzung.

Der „Matin" macht im Zusammenhang hiermit darauf aufmerksam, daß die beiden französischen Vertreter nur Beamte sind, wenn auch höhere Beamte (Seydoux ist Unterdirektor bei der Handelsabteilung im Außenministerium und Cheysson ist Finanzinspektor im Finanzministerium), daß aber auf englischer Seite der Berliner Botschafter und Bradbury, einer der hohen Würdenträger des englischen Finanzministeriums, teilnehmen, ferner von belgischer Seite der frühere Ministerpräsident Delacroix und der jetzige belgische Finanzminister, schließlich von deutscher Seite Bergmann, der deutsche Vertreter bei der Wiedergutmachungskommission, der Industriemagnat Siemens sowie Melchior und der bestens bekannte Reichsbankpräsident Havenstein. Der „Matin" glaubt daraus den Schluß ziehen zu können, daß aus dieser Verschiedenheit der Zusammensetzung, die sich besonders auf französischer Seite bemerkbar mache, hervorgehe, daß die Uebereinstimmung zwischen den Verbündeten in der Wiedergutmachungsfrage, auf die man sich innerhalb der Entente so viel einbilde, doch nicht so vollkommen sei.

•

Die Pariser Kohlenfülle

In einer Note der französischen Botschaft wird mitgeteilt, daß die zuletzt in der Rede des Reichswirtschaftsministers erwähnte Aeußerung des französischen Arbeitsministers le Troquer, der Vorrat der Pariser Gasanstalten betrage 900 000 Tonnen, auf einen Druckfehler zurückzuführen ist. Der Minister habe tatsächlich gesagt, der Vorrat habe Ende Juli 90 000 Tonnen betragen. Der Vorrat habe sich inzwischen Ende September auf 157 170 Tonnen erhöht; am 31. Oktober habe er 136 743 Tonnen betragen, d. h. ungefähr die Höhe eines Monatsbedarfs bei einem Tagesverbrauch von 4600 Tonnen. Die Gasanstalten der Pariser Vororte seien auf 22 Tage mit Vorräten versehen.

Bundespräsident Hainisch

Nachträglich schreibt uns unser ö.-Mitarbeiter noch:

Wien, 12. Dezember

Die Wahl des Dr. Michael Hainisch zum Bundespräsidenten Oesterreichs ist seit langem das erfreulichste Ereignis im unserm politischen Leben. Der Mann ist keine strahlende Erscheinung des österreichischen Volkes, die weithin Licht zu verbreiten, kein glänzender Redner, der die Massen fortzureißen vermöchte. Er ist ein schlichter, einfacher, bescheidener Mann, ein Gelehrter, ein Forscher, ein Schriftsteller und ein praktischer Landwirt. So vereint er Theorie und Praxis und hat dabei den großen Vorzug, kein Parteimann, also in die Wirren und Intrigen und Einseitigkeiten einer bestimmten Partei nicht verstrickt zu sein, allen Parteien gegenüber Objektivität wahren, das Gute von allen anerkennen zu können.

Aber darum ist Hainisch durchaus kein Mischmaschmensch. Er ist ein aufrechter deutscher Mann von warmer nationaler Empfindung, er ist ein Mann des Bürgertums, der also auf den Klassenkampf nicht eingeschworen ist, er ist ein moderner Mann mit neuzeitlichen Anschauungen, voraussetzungslos in seinem Denken und Forschen, aber auch in seinem Tun und Lassen, und er ist ein Volksfreund, der in mannigfachen gesellschaftlichen Vereinigungen: im Volksbildungsverein, im Volksheim, in der Zentralbibliothek eine segensreiche führende Tätigkeit entfaltet hat. In Wien ein Schüler Max Mengers und Philippovichs, in Berlin ein Schüler Schmollers und Wagners, im Deutschen Verein für Sozialpolitik, im Oesterreichischen Verein der Volkswirte viele Jahre hindurch in leitender Stellung tätig, hat er mit Männern aus allen politischen Parteien Fühlung, ohne durch Disziplin an eine Partei ausschließlich gebunden zu sein. Seine Schriften gelten sozial- und nationalökonomischen, statistischen und agrarpolitischen Untersuchungen. Auch seine Schriften blenden nicht, so wenig wie seine Rede. Aber sie zeugen von dem Ernst des geistigen Arbeiters, von der warmen Volksfreundlichkeit und dem Pflichteifer eines tiefschürfenden Gelehrten. Seine republikanische Gesinnung und seine Anhängerschaft an die Anschlußidee stehen außer Zweifel. Ein ganzer Mann, dem niemand, auch der verbissenste Parteimann nicht, die Verehrung weigern kann, die seiner nunmehrigen Staatswürde gebührt.

Hainisch hat sich als Optimist erklärt. Möge es ihm vergönnt sein, seinen Optimismus durch die Ereignisse gerechtfertigt zu sehen!

•

Der Beamtenstreik in Oesterreich

Die Verhandlungen zwischen der österreichischen Regierung und den ausständigen Staatsbeamten haben am Sonnabend abends zu einer Einigung geführt. Das Aktionskomitee der ausständigen Beamtenschaft betont in seinem Aufruf zur Aufnahme der Arbeit, daß die Beamten zwar teilweise Zugeständnisse gemacht hätten, angesichts der bedrohlichen Finanzlage des Staates, aber doch dem Grundsatze gleicher Behandlung aller Staatsangestelltengruppen zum Durchbruche verholfen hätten.

Die Spannung im Osten

Rotterdam, 13. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die „Morning Post" meldet aus Riga: Die russischen Delegierten, mit Ausnahme Joffés, sind abgereist. Ihre Rückkehr ist für kommende Woche vorgesehen. Die Generalmobilisierung der Russen hat auch an der Nordfront begonnen. Bei Wilna sind drei neue russische Armeekorps jenseits der Demarkationslinie festgestellt worden.

•

Kriegsmaterial für Polen

zg. Danzig, 13. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Am Sonnabend sind in Danzig drei, am Freitag zwei Ententeschiffe mit Kriegsmaterial für Polen eingetroffen. Unter den auf die Bahn Danzig—Thorn verladenen Sendungen befinden sich auch mehrere Tanks.

•

Polens imperialistische Ziele

Die „Humanité" teilt mit, daß Ministerpräsident Leygues im Kammerausschuß für Auswärtige Angelegenheiten angegeben hat, daß Polen imperialistischen Zielen nachjagte und daß es von dieser Krankheit noch nicht geheilt sei. Er fügte hinzu: Wir empfehlen Polen, auf seine hochfliegenden Pläne zu verzichten, und fordern die polnische Regierung auf, sich ruhig zu verhalten, wenn sie einen Zusammenbruch entgehen will, der einem zweiten Angriff gegen Rußland folgen würde. Die Herrscher in Warschau haben Besseres zu tun, als den Krieg wieder anzufangen. Sie müssen daran denken, sich zu organisieren, und vor allen Dingen versuchen, ihrem Finanz- und Wirtschaftselend ein Ende zu bereiten.

•

Ein italienischer Oberkommissar für Danzig

Paris, 13. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der vom Völkerbund zum Oberkommissar von Danzig ernannte Ottolico ist Italiener. Er steht im Alter von 50 Jahren und soll während des Krieges mit einer Sonderkommission zwecks Beschaffung interalliierter Kredite nach Amerika geschickt worden sein. Seit kurzem ist er Direktor der Verkehrsabteilung des Völkerbundes.

Das brennende Irland

Rotterdam, 13. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die „Morning Post" meldet: Die Einigungsverhandlungen mit den Iren sind gescheitert. Die englische Arbeiterpartei unter Führung Hendersons hat ihre Vermittlungsaktion eingestellt. In Dublin ist der verschärfte Ausnahmezustand wieder in Kraft getreten. Die Entwaffnungsaktion ist auf ganz Irland ausgedehnt.

× London, 13. Dezember. Ein großer Teil des Zentrums der Stadt Cork ist gestern eingeäschert worden. Das Feuer wütet noch immer. Gemeindegebäude, die Carnegie-Bibliothek, ein Lichtspieltheater, zahlreiche Geschäfte und Privathäuser sind vom Feuer zerstört worden. Die Bevölkerung ist von einer Panik ergriffen.

d'Annunzios Macht wächst

Von der Regentschaft des Carnaro (d. i. d'Annunzio) geht uns folgende amtliche Mitteilung zu:

„Zeitungen des Reiches berichten, daß der Kommandant d'Annunzio mittels mehr oder weniger amtlicher Vermittler der Regierung S. M. des Königs von Italien Vorschläge zur Lösung der finnischen Frage unterbreitet habe. Kein Vorschlag irgendwelcher Art ist vom Kommandanten d'Annunzio gemacht worden, der fest entschlossen ist, nicht von der politischen Richtung der Regierung der Regentschaft abzuweichen."

Mittlerweile bestätigt es sich, daß d'Annunzios Haltung tatsächlich durchaus ablehnend bleibt. Außer den beiden Torpedobootszerstörern sind weitere Truppen zu ihm übergegangen:

Wien, 13. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Belgrader „Objektiv" meldet aus Fiume: 8000 italienische Truppen sind zu d'Annunzio übergegangen. In Istrien ist es bereits zu schweren Zusammenstößen zwischen den Truppen d'Annunzios und den Italienern gekommen. Auch hier gingen große Teile des italienischen Heeres zu den Fiumern über.

Man darf gespannt sein, wie sich Giolitti aus diesem Hexenkessel herauswindet, den ihm d'Annunzio angerührt hat.

•

Reichsdeutsche Arbeiter in Italien

Amtlich wird mitgeteilt: Seit einigen Monaten mehrt sich der Zuzug reichsdeutscher Arbeiter nach Italien. Nun macht sich zwar die Arbeitslosigkeit in Italien nicht so empfindlich bemerkbar wie in Deutschland. Die deutschen Arbeitslosen stoßen aber auf der Suche nach Arbeit auf den Widerstand der einheimischen Bevölkerung. Zudem ist mit der Möglichkeit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit in Italien zu rechnen. Wer also nicht über ausreichende Mittel verfügt, um eine lange Wartezeit ohne Arbeitsposten aushalten, sollte nur dann nach Italien reisen, wenn er im Besitze einer schriftlichen Arbeitszusage ist. Andernfalls läuft er Gefahr, von den italienischen Behörden angehalten und über die österreichische Grenze abgeschoben zu werden.

Die Beschränkung der Einwanderung in der Union

× Washington, 13. Dezember. Das Repräsentantenhaus nahm bei der Beratung der Gesetzesvorlage über die Beschränkung der Einwanderung einen Abänderungsantrag an, durch den die Beschränkung der Einwanderung auf ein Jahr, und nicht auf zwei Jahre, wie ursprünglich vorgesehen war, festgesetzt wird.

Der Stand der deutschen Auswanderungsfrage

Von Dr. Rudolf Peschke

Schon während des Krieges wurde es klar, daß nach Beendigung des großen Ringens die seit Jahrzehnten fast ruhende deutsche Auswanderung in ein neues Stadium treten würde. In den heißen Kämpfen, die sich um die Kriegsziele entspannen, spielte es immer wieder eine große Rolle, wohin die überschüssige deutsche Volkskraft der kommenden Geschlechter gelenkt werden sollte. Mit dem erstrebten deutschen Mittelafrika hoffte man einen gewaltigen Komplex für auswandernde Deutsche erschließen zu können, nicht weniger dachte man nach Vorderasien und nach Kurland deutschen Siedlern, Industriearbeitern und Kaufleuten die Wege bahnen zu können.

Seit dem 9. November 1918 und vor allem durch die Friedensverhandlungen wurde es ein für allemal klar, daß Afrika zunächst als Zielland für deutsche Auswanderung zu streichen sei. Mit dem Raube der Kolonien waren alle Pläne, deutsche Kraft im schwarzen Erdteile sich entfalten zu sehen, dahin. Im Jahre 1919 und noch zu Anfang des Jahres 1920 hoffte man indes immer noch, den Osten, die Gebiete des ehemaligen Rußland, in recht naher Zukunft dem deutschen Auswandererstrome erschließen zu können. Das zur Neige gehende Jahr hat jedoch hier einen gründlichen Umschwung der Meinungen bewirkt. Wie früher als ennexionistisch angesprochene Kreise nach den Ostseegebieten und bis ans Schwarze Meer freie Bahn für auswandernde Deutsche schaffen wollten, so wurde jetzt Sowjetrußland das gelobte Land, wohin deutsche Kommunisten ihre Gesinnungsgenossen aus dem kapitalistischen Deutschland in Scharen zu führen gedachten. Der mißglückte Versuch dieses Jahres, dessen Aufdeckung durch den Genossen Dittmann noch in aller Gedächtnis sein wird, hat erwiesen, daß Rußland in nächster Zukunft für die deutsche Auswanderung nicht in Betracht kommt. Seit Wrangels Vernichtung stehen die deutschen Stützpunkte in Südrußland, die so vieles Schwere erduldet hatten, in großer Gefahr, völlig unterzugehen, da sich die deutschen Kolonisten einmütig für das Wrangelsche Unternehmen eingesetzt hatten. Damit ist auch hier eine Position, an die sich eine deutsche Auswanderung hätte halten können, bedenklich geschwächt.

Da Ostasien immer nur einem kleinen, auserwählten Kreise deutscher Auswanderer zugänglich war und sein wird, und Australien ebenso wie Indien und Canada für deutsche Einwanderer gesperrt sind, da ferner auch die amerikanische Union sich streng gegen deutsche Einwanderer absperrt, bliebe zunächst nur Süd- und Mittelamerika ein ernst zu nehmendes Ziel für deutsche Auswanderer. Auch in bezug auf diese Gebiete hat die deutsche Auswanderungsfrage in den letzten zwei Jahren eine gewisse Entwicklung durchgemacht. Eine Unmenge von Siedlungsgesellschaften und -genossenschaften — es sollen an 90 gewesen sein — erwählten sich im Jahre 1919 Argentinien oder Paraguay, Brasilien, Chile oder Mexiko, auch Columbien als Betätigungsfeld und lockten zahlreiche Auswanderungslustige an sich. Ein einziges Jahr hat aber genügt, um sehr viele dieser Gesellschaften von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Es zeigte sich, daß die Unternehmungen, wenn nicht gerade auf Schwindel, so doch auf recht unsicheren und falschen Voraussetzungen beruhten. In Brasilien versprache das mit großer Reklame ins Werk gesetzte Kolonisationsunternehmen des Rittmeisters Camillscheg aus Wien, der die österreichischen Auswanderer, die sich ihm anvertraut hatten, in die schwerste Bedrängnis brachte. In Argentinien wird der völlige Zusammenbruch der Patagonia, einer von Deutschland aus geleiteten Siedlungsgenossenschaft, der meist frühere Offiziere angehören, nur durch einige mildtätige Gaben deutsch-argentinischer Kreise noch hintangehalten. In Mexiko hat Herr „Carlos Hagelberg", vor zwei Jahren noch preußischer Hauptmann und als Reichsbeamter tätig, sich als Leiter der Mexiko-Siedlungsgenossenschaft, die in Berlin gegründet ist, in skandalöser Weise vom Reiche losgesagt, indem er einen Vertreter des Reichswanderungsamtes durch mexikanische Polizisten aus seiner Stube entfernen ließ. Damit dürfte auch diese, erst verheißungsvoll begonnene Siedlungsgenossenschaft ihren Wert für die deutsche Auswanderung verloren haben. Dies sind nur einige Beispiele, die zeigen, daß der Genossenschaftsgedanke und überhaupt der Gedanke, von Deutschland aus Siedlungsunternehmungen für das Ausland aufzustellen und zu finanzieren, in diesem Jahre ganz bedeutend an Ansehen verloren hat. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß man sich gerade in bezug auf Argentinien besonders darin getäuscht hat, daß man glaubte, deutsch-argentinisches Kapital in größerer Menge für diese Unternehmen flüssig machen zu können.

Weitaus überwiegend werden noch diejenigen Auswanderer an Zahl, die einzeln oder in Familien vermöge verwandtschaftlicher oder freundschaftlicher Beziehungen die Ueberfahrt gewagt haben. Infolge der Valutaschwierigkeiten ist aber auch diese Zahl recht klein, wie es sich denn überhaupt bei den bisher nach Südamerika ausgewanderten Deutschen nur um einige tausend Personen handeln kann.

Für die nächste Zukunft am aussichtsreichsten erscheint gegenwärtig Brasilien. Soweit man es aber übersehen kann, besteht hier keine Möglichkeit, private geschlossene Siedelungen auf dem Wege, wie Camillscheg und Patagonia sich die Sache dachten, ins Leben zu rufen. Eine wirklich fruchtbringende Initiative, die deutschen Auswanderern, wenn auch nicht in großen, so doch in kleineren Gruppen zusammenhängend Land und Siedlung verschafft, kann hier nur von der Regie-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201214/1